

# Die Lager formieren sich

Im Zürcher Kantonsrat sind hohe Fraktionsgeschlossenheit und zunehmende Blockbildung auszumachen

Die Regierungswahlen vom April 2015 werfen ihre Schatten voraus: Im Kantonsrat verbünden sich SVP, FDP und CVP öfter gegen Links-Grün als zu Beginn der Legislatur. Dies belegt eine wissenschaftliche Auswertung. Die neue Mitte ist schwer fassbar.

Andreas Schürer

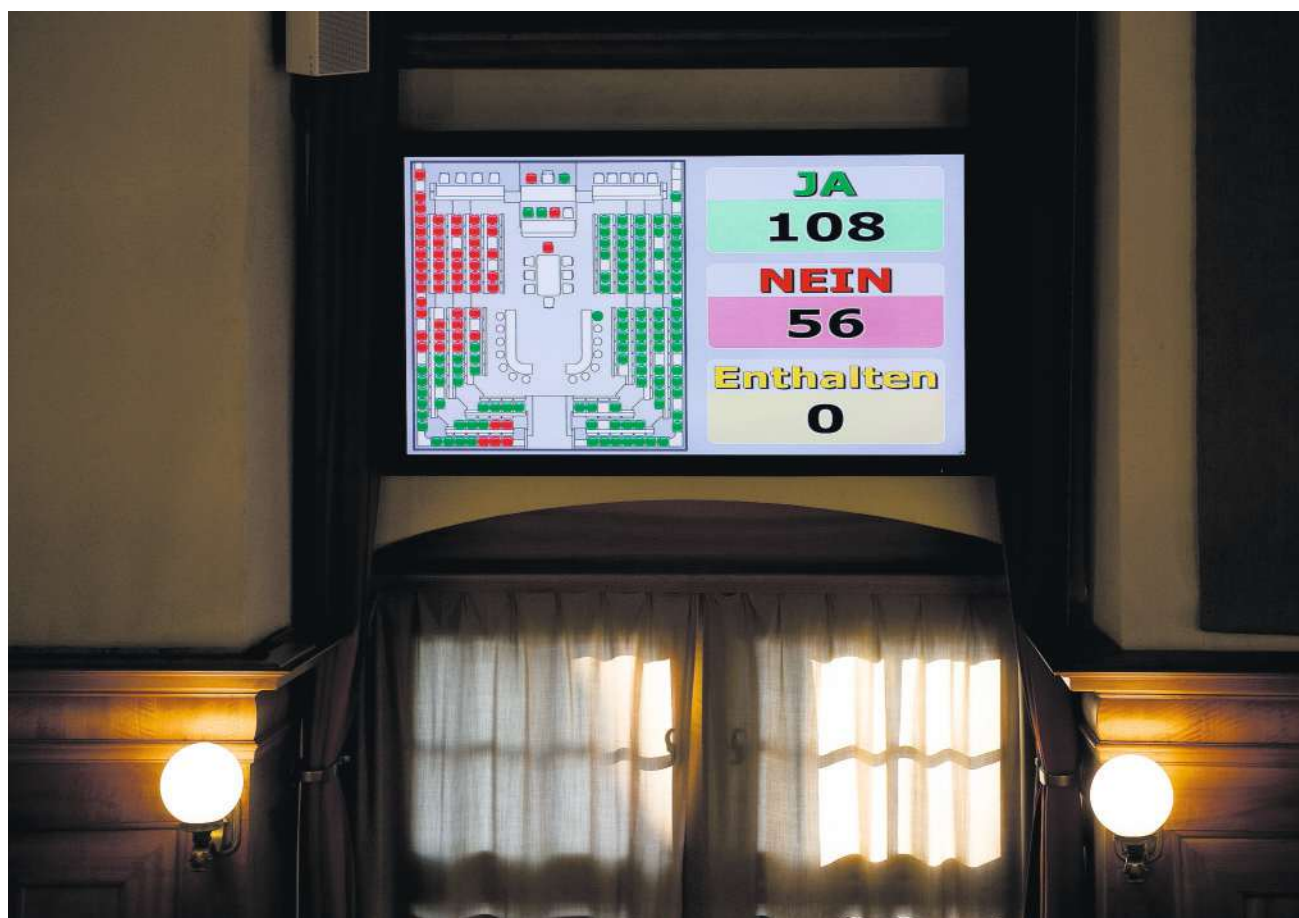
Sind die Zürcher Kantonsräte brav und stramm auf Parteilinie, oder stehen sie einfach uneigennützig zurück, wenn sie mit ihrer Meinung in der Fraktion unterliegen? Wertungen nehmen Thomas Widmer und Sarah Bütikofer vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich in ihrer neuen Untersuchung über das Abstimmungsverhalten des Zürcher Kantonsrats nicht vor. Dafür warten sie mit Zahlen auf, die es sonst für kein kantonales Parlament gibt: Sie analysieren die Geschlossenheit der einzelnen Fraktionen sowie die Muster in den Koalitionsbildungen im mehrjährigen Vergleich. Ihre jüngsten Daten beziehen sich auf das dritte Jahr der laufenden Legislatur, also auf die Zeit von Mai 2013 bis April 2014.

Das Fazit ihrer Untersuchung bringen Widmer und Bütikofer so auf den Punkt: «Die Geschlossenheit innerhalb der einzelnen Fraktionen stieg an, der Grad der Konfliktivität zwischen den Fraktionen nahm zu.» Die Kantonsräte liessen sich stärker von der Parteifarbe leiten als von Faktoren wie der regionalen Herkunft, heisst es im Bericht. Akzentuiert hat sich aber auch die Tendenz zur Lagerbildung. SP und Grüne stimmten weitgehend identisch, gleich wie auf der anderen Seite des Spektrums SVP und EDU. Auffallend ist, dass vor allem FDP, CVP und BDP deutlich öfter Koalitionen mit der SVP eingingen als zu Beginn der Legislatur.

## Zersplitterte Mitte

Wenig geeint agiert dagegen die «neue Mitte» mit den etablierten Parteien FDP, CVP und EVP sowie den relativ jungen Kräften GLP und BDP. Widmer und Bütikofer schreiben: «Die Positionen der einzelnen Fraktionen, welche die neue Mitte ausmachen, lagen je nach Vorlage so weit auseinander, dass die gesamthaft betrachtete Geschlossenheit der Mitte im Vergleich zu den Vorjahren zurückging.»

Auf die einzelnen Fraktionen bezogen, war die Geschlossenheit ausnahmslos enorm hoch – deutlich höher als im nationalen Parlament und im internationalen Vergleich etwa so, wie man es von Konkurrenzmodellen mit Regierung und Opposition kennt. Spitzenreiter sind die FDP und die CVP mit



Typisches Bild: In den Zürcher Kantonsratsfraktionen gibt es kaum «Abwechler».

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

je 99,4 Prozent Einigkeit. Die häufigsten Abweichungen waren in der Fraktion der Grünen, in der auch AL und CSP vertreten sind, zu verzeichnen. Auch diese Fraktion stimmte aber mit 96,9 Prozent Einigkeit äusserst homogen ab.

Die SVP, die sich oft mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, die Partei sei von oben gleichgeschaltet, rangiert mit 98,4 Prozent Einigkeit im Mittelfeld. Da sie mit 54 Mitgliedern die klar grösste Fraktion stellt, ist dies ein sehr hoher Wert – ein Alleinstellungsmerkmal ist die Geschlossenheit aber nicht. Die SP als zweitgrösste Fraktion trat sogar in 98,6 Prozent der Fälle geeint auf. Für Studienautor Widmer lässt sich das Stimmverhalten der Fraktionen pointiert so zusammenfassen: «Für Einpeitscher gibt es kaum Potenzial: Die Fraktionsmitglieder stimmen nicht nur bei knappen Vorlagen, sondern auch bei unumstrittenen Geschäften in aller Regel auf Fraktionslinie.»

Die Analyse der Koalitionen unterstreicht, das sich die die kantonalen Wahlen nähern. Die sogenannte «Regierungskoalition» aus FDP, SVP, SP und Grünen verlor im Kantonsrat an Bedeutung. Im dritten Amtsjahr stimmte sie nur noch in 13,9 Prozent der Abstimmungen gemeinsam, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um fast 10 Prozentpunkte entspricht. Auffallend weniger oft kamen auch «unhei-

lige Allianzen» zustande. Stimmten in den ersten beiden Jahren der Legislatur SVP, EDU, SP und Grüne in rund 23 Prozent der Fälle gemeinsam, fanden sie sich im letzten Jahr nur noch bei 15,1 Prozent der Geschäfte.

## Bürgerliche Koalition

Zusammengerückt sind dafür im Vergleich zu den Vorjahren die politischen Lager, die sich auch für die Regierungswahlen 2015 gebildet haben. SP und Grüne stimmten in rund neun von zehn Fällen gleich. In Bezug auf deren Widersacher schreiben Widmer und Bütikofer in ihrer Untersuchung: «Im bürgerlichen Lager verhielten sich FDP und CVP häufig übereinstimmend, aber auch der Anteil der Abstimmungen, in denen das bürgerliche Wahlbündnis SVP, FDP und CVP eine Koalition gebildet hat, hat im dritten Jahr der Legislatur deutlich zugenommen.» Die Übereinstimmung von SVP und CVP lag bei hohen 75,5 Prozent. Spitzenreiter im Koalitionen-Ranking sind FDP und CVP, die bei 87 Prozent der Geschäfte gleich votierten.

Geprägt war das dritte Amtsjahr von der Richtplandebatte, von den insgesamt 580 Abstimmungen entfielen 213 auf sie. Den Stempel drückte dem Geschäft eine Koalition von SVP, CVP, FDP und BDP auf. Die vier Parteien

stimmten in 83,0 Prozent der Abstimmungen überein, während dies bei den übrigen Vorlagen nur in 56,1 Prozent der Fälle war. Ähnlich verhielt sich die Koalition aus SP, Grünen und GLP. Ohne Richtplandebatte stimmten diese drei Fraktionen in 55,5 Prozent, während der Richtplandebatte in 73,0 Prozent der Abstimmungen überein. Dies wirft ein Licht auf die Positionierung der GLP, die in der Budgetdebatte in 56 Prozent der Fälle mit SVP und FDP votierte. Für den Studienautor Widmer spiegelt diese Entwicklung, dass sich die kantonale GLP vermehrt strikt nach ihrem Namen ausrichtet: Links-Grün in ökologischen Fragen, dezidiert bürgerlich in der Finanzpolitik.

Personenbezogene Angaben enthält die Untersuchung bewusst nicht. Der Kantonsrat will kein Ranking der treuesten und der, je nach Wertung, eigensinnigsten oder eigenständigsten Mitglieder des Parlaments. Auch auf eine Verortung der einzelnen Kantonsräte in der politischen Landschaft wird verzichtet. Aufgelistet wird dafür, in welchen Geschäften die meisten Kantonsräte nicht auf Fraktionslinie stimmten. Mit Abstand an der Spitze steht ein Thema, das die Parteifarben offenbar verblissen liess: Die Abstimmung über die Kirchensteuerinitiative. 37 von 180 Parlamentariern stimmten nicht wie die Mehrheit ihrer Fraktionen.

## Ressourcen gezielt einsetzen

Nicht nur Nein zu kleinen Klassen

wbt. · Das weitgehende Fehlen eines Abstimmungskampfs um die Klassengrössen-Initiative der EVP birgt die Gefahr, dass der kantonsrätliche Gegenvorschlag beinahe untergeht. Das ist nicht im Sinne jener Parteien, die zwar die Klassengrössen-Initiative als zu starr erachten, aber trotz ihrer ablehnenden Haltung Handlungsbedarf sehen. Die Kantonsratsmitglieder Res Marti (gp., Zürich), Christoph Ziegler (gp., Elgg), Corinne Thomet (cvp., Kloten) und Stefan Hunger (bdp., Mönchaltorf) haben deshalb am Montag an einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz die Vorzüge des Gegenvorschlags nochmals hervorgehoben, von dem sie hoffen, dass er am 30. November von einer Mehrheit gutgeheissen wird.

Grössere Klassen seien nicht per se ein Problem, sagte der Sekundarlehrer und Gemeindepräsident Ziegler. Seine schwierigste Klasse habe nur 18 Jugendliche gezählt. Es sei aber unbestritten, dass es für einzelne Klassen Massnahmen brauche. Genau dafür sei der Gegenvorschlag ein gutes, weil flexibel einsetzbares Instrument, hiess es. Er sieht vor, einen bestehenden kantonalen Pool von Stellen um 100 auf 260 Stelleneinheiten aufzustocken, die von den Schulgemeinden bei Schwierigkeiten angefordert werden könnten (wobei sie 80 Prozent der Kosten selber zu tragen hätten). Das würde den Schulen die Möglichkeit geben, mit gezieltem Ressourceneinsatz eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu erreichen, wenn beispielsweise eine Klasse durch ihre Zusammensetzung gelähmt wird. Personalprobleme herrschen oder sich während des Schuljahrs die Schülerzahl erhöht, etwa durch Zuzüger oder zurückkehrende Gymnasiasten.

Der Gegenvorschlag braucht keine Gesetzesänderung und setzt keine obere Klassengrösse fest, sondern gibt dem kantonalen Schulsystem als Ganzem minim mehr personelle Ressourcen: so viele, wie es nach Ansicht der Befürworter finanziell erträgt und wie sich trotz Lehrermangel mobilisieren liessen. Sein Handicap ist, dass er zwar von allen Parteien ausser SVP, FDP und EDU unterstützt wird, aber ihm nur GP, GLP, CVP und BDP erste Priorität einräumen. Er würde Kosten von rund 15 Millionen Franken verursachen, von denen 80 Prozent bei den Gemeinden anfielen. Die Klassengrössen-Initiative schlug mit 120 Millionen Franken zu Buche.

## Auch CVP für bürgerliche Allianz

Delegierte klar für Fünfticket

lsc. · Das bürgerliche Bündnis für die Regierungswahlen 2015 ist perfekt: Am Montagabend haben die Delegierten der CVP beschlossen, die Kandidaten der SVP (Ernst Stocker, Markus Kägi) und der FDP (Thomas Heiniger, Carmen Walker Späh) zu unterstützen. FDP und SVP hatten Silvia Steiner, der Anwärterin der CVP, bereits Unterstützung zugesagt. Sie soll der Partei den Sitz zurückerobern, den Hans Hollenstein 2011 an Martin Graf (gp.) verlor. Einwände gegen die Allianz mit den bürgerlichen Partnern gab es an der Versammlung kaum, nicht einmal gegen die SVP.

Dafür musste sich Carmen Walker Späh als «Neue» einige Fragen gefallen lassen, etwa zur kritischen Haltung der FDP zum genossenschaftlichen Wohnungsbau oder zur freisinnigen Basis, die sich immer wieder «gegen die linke CVP» sperre. Walker Späh hielt fest, dass sie als Liberale lieber auf Anreize statt auf staatliche Eingriffe setze. Sie sei aber nicht grundsätzlich gegen Genossenschaften. Zu Hilfe kam ihr Kantonsrat Josef Wiederkehr, der die Delegierten daran erinnerte, dass man mit der FDP selten gröbere Reibereien habe. Vielmehr gebe es keine anderen Parteien, die im Kantonsrat häufiger übereinstimmten. Der Entscheid, das bürgerliche Fünfticket zu unterstützen, wurde einstimmig gefällt.

## Die Schnittstelle als Baustelle

Klärungsbedarf bei den Zuständigkeiten in Forschung und Lehre im medizinischen Bereich

wbt. · Ohne Opposition hat der Kantonsrat am Montag getan, was er oft tut: Er hat ein altes Postulat abgeschlossen. Anders als in andern Fällen ist es von der Zeit nicht einfach überholt worden. Was die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) mit dem Vorstoss im Sommer 2012 dringlich verlangte, ist immer noch nicht erledigt: die Überprüfung gesetzlicher Unklarheiten bezüglich der Forschung und Lehre im medizinischen Bereich, wo Universität (UZH) und Universitätsspital (USZ) gemeinsam beteiligt sind. Schon damals ging es auch um die Stärkung der Vertretung des Spitals in der Universitätsleitung durch ein Prorektorat Medizin.

Immer wieder hatte sich die ABG in der Vergangenheit mit Problemen in diesem Bereich konfrontiert gesehen. Auch der Regierungsrat ortete Handlungsbedarf bei der Erbringung von Forschungs- und Lehrleistungen im Auftrag der Universität – nicht nur durch das Universitätsspital, sondern

auch durch die vier anderen universitären Kliniken. Bereits 2011 war das Projekt «Universitäre Medizin Zürich UMZH – Governance und Strategie» lanciert worden, auch mit dem Ziel einer besseren Koordination.

In dessen Rahmen entschied man sich für ein Koordinationsgremium unter einem Chief Academic Medical Officer (Camo), der gleichzeitig als Dekan der Medizinischen Fakultät amten und

Einsitz in der Universitätsleitung haben sollte. Obwohl diese Prozesse nicht abgeschlossen sind, sprach sich Ralf Margreiter (gp., Zürich) als Kommissionspräsident Bildung und Kultur im Rat für Abschreibung des Postulats aus. Zusätzlich sei jetzt vom neuen Rektor Michael Hengartner auch noch die Reform der Universitätsleitung angepackt worden. Man werde 2016 im Parlament eine Gesetzesänderung beraten können, die alle

Aspekte einbeziehe. Da von Universität und Universitätsspital an der Lösung der Probleme mit Nachdruck gearbeitet werde, brauche es das Postulat nicht mehr. Nicht ganz so glücklich mit der Situation war Jörg Kündig (fdp., Gossau), Präsident der ABG. Noch immer sei der Zeitplan offen, wandte er ein.

Bildungsdirektorin Regine Aepli erklärte, dass nun manches im Tun sei. Am Abend stehe die Neubesetzung des Prorektorats Medizin und Naturwissenschaften auf der Agenda des Universitätsrats. Der Senat hatte sich schon letzte Woche für Psychiatrieprofessor Christoph Hock ausgesprochen, Co-Direktor der Abteilung für Psychiatrische Forschung und Chefarzt an der Klinik für Alterspsychiatrie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK). Wie Aepli sagte, erfolgt diese Besetzung bereits im Hinblick auf die Neuausrichtung im Bereich Forschung und Lehre an der Schnittstelle zwischen UZH und Kliniken.

### AUS DER SITZUNG DES KANTONSRAATS

► **Jahresberichte der Hochschulen.** Trotz negativen Schlagzeilen zur Universität erhalten die Zürcher Hochschulen in der jährlichen Debatte über ihre Jahresberichte überwiegend grosses Lob aus dem Rat. Der Jahresbericht der Universität wird mit 168 zu 1, jener der Zürcher Fachhochschule mit 162 zu 0 Stimmen genehmigt.

► **Beitrag an Schulbau.** Die Schweizerische Technische Fachschule Winterthur erhält für einen Neubau in Winterthur Mittel aus dem Lotteriefonds. Der Rat bewilligt mit 159 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Beitrag von 3,3 Millionen Franken.

► **Grippeimpfung.** Wer will, wird im Rat gegen Grippe geimpft. Das nutzt der Landwirt Urs Hans (gp., Turbenthal) zur Tirade gegen die Impfung, der Arzt Josef Widler (cvp., Zürich) und der Heimleiter Markus Schaaf (cvp., Zell) kontern scharf. wbt.